

Verkündungsblatt des Promotionskollegs für angewandte Forschung in NRW

Nr. 02/2021

19.04.2021

1. Wahlordnung für die Wahl zu den Organen und Gremien des Promotionskollegs NRW
in der Fassung vom 16.04.2021
2. Rahmenabteilungsordnung des Promotionskollegs NRW
in der Fassung vom 16.04.2021
3. Geschäftsordnung des Vorstandes des Promotionskollegs NRW
in der Fassung vom 16.04.2021

Wahlordnung für die Wahl zu den Organen und Gremien des Promotionskollegs NRW

in der Fassung vom 16.04.2021

Aufgrund des § 4 Absatz 4 Satz 3 sowie des § 13 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 12. Juli 2019 und des § 13 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung des Promotionskollegs (VV) und unter Berücksichtigung der Verordnung zur Durchführung online gestützter Wahlen der Hochschulen und der Studierendenschaften in Nordrhein-Westfalen (Onlinewahlverordnung) erlässt das Promotionskolleg NRW die folgende Wahlordnung:

Teil I – Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Teil II – Wahlen zum Kollegsenat und zu den Abteilungsräten

§ 2 Geschlechtergerechte Zusammensetzung der Gremien und Organe

§ 3 Zusammensetzung von Kollegsenat und Abteilungsräten

§ 4 Entbehrlichkeit von Wahlen

§ 5 Durchführung der Wahlen; Amtszeit

§ 6 Verbindung der Wahlen

§ 7 Wahlrecht für die Wahlen zum Kollegsenat und zu den Abteilungsräten

§ 8 Wahlvorstand

§ 9 Aufstellung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses

§ 10 Wahlausschreiben

§ 11 Wahlvorschläge; geschlechtsparitätische Gremienbesetzung

§ 12 Inhalt der Wahlvorschläge

§ 13 Behandlung der Wahlvorschläge

§ 14 Nachfrist für das Einreichen von Wahlvorschlägen

§ 15 Bezeichnung der Wahlvorschläge

§ 16 Wahlsystem

§ 17 Wahlbekanntmachung

§ 18 Ausübung des Wahlrechts / Stimmabgabe

§ 19 Wahlhandlung

§ 20 Urnenwahl

§ 21 Briefwahl

§ 22 Online-Wahl

§ 22 a Störung der Online-Wahl

§ 22 b Technische Anforderungen der Online-Wahl

§ 23 Festlegung des Wahlergebnisses

§ 24 Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei Verhältniswahl

§ 25 Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei der Mehrheitswahl

§ 26 Benachrichtigung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter

§ 27 Wahlniederschrift

§ 28 Wahlwiederholung

- § 29 Wahlprüfung
- § 30 Aufbewahrung der Wahlunterlagen
- § 31 Veränderung in der Gruppenzugehörigkeit
- § 32 Eintritt von Ersatzmitgliedern

Teil III – Wahlen zur Direktorin oder zum Direktor

- § 33 Wahl der Direktorin oder des Direktors und ihrer oder seiner Stellvertretungen

Teil IV – Promotionsausschuss und Empfehlungsausschuss

- § 34 Wahlen zum Promotionsausschuss

- § 35 Wahlen zum Empfehlungsausschuss

Teil V - Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretung

- § 36 Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterinnen

Teil VI - Wahl der Schwerbehindertenvertretung

- § 37 Wahl der Schwerbehindertenvertretung und ihrer Stellvertretungen

Teil VII - Schlussbestimmungen

- § 38 Inkrafttreten

Teil I - Allgemeine Regelungen

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für die Wahlen zu folgenden Gremien und Organen des Promotionskollegs NRW:

1. Kollegsenat
2. Abteilungsräte
3. Zentrale Gleichstellungsbeauftragte und ihre zwei Stellvertreterinnen
4. Direktorin bzw. Direktor
5. Promotionsausschuss
6. Schwerbehindertenvertretung

Teil II - Wahlen zum Kollegsenat und zu den Abteilungsräten

§ 2

Geschlechtergerechte Zusammensetzung der Gremien und Organe

(1) Die Gremien und Organe des Promotionskollegs müssen gemäß § 11b Absatz 1 HG geschlechterparitätisch besetzt werden, es sei denn, im Einzelfall liegt eine sachliche begründete Ausnahme vor. Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen muss auf die paritätische Repräsentanz geachtet werden.

(2) Soweit Gremien oder Organe nach Gruppen getrennt besetzt werden, wird dem Gebot der geschlechterparitätischen Besetzung im Sinne des Absatzes 1 für die entsprechenden Gruppen dadurch entsprochen, dass ihr Frauenanteil jeweils mindestens dem Frauenanteil entspricht, der in der Gruppe ausgewiesen ist, aus deren Kreis die Gremienbesetzung oder Organbildung erfolgt. Voraussetzung dafür ist, dass eine geschlechterparitätische Besetzung in den entsprechenden Gruppen trotz intensiver Bemühungen nicht gelingt. Die Bemühungen sind entsprechend Absatz 4 Satz 1 aktenkundig zu machen.

(3) Besteht das Benennungsrecht nur für eine Person, müssen Frauen und Männer alternierend berücksichtigt werden, es sei denn, im Einzelfall liegt eine sachlich begründete Ausnahme vor. Bei ungerader Personenzahl gilt Satz 1 entsprechend für die letzte Position.

(4) Die Ausnahmegründe sind in dem einzelnen Abweichungsfall aktenkundig zu machen. Sind die Ausnahmegründe im Falle der Besetzung des Kollegsenats und der Abteilungsräte nicht aktenkundig gemacht worden, ist das jeweilige Gremium unverzüglich aufzulösen und neu zu bilden, es sei denn, die Gründe werden unverzüglich nachträglich aktenkundig gemacht.

§ 3

Zusammensetzung von Kollegsenat und Abteilungsräten

(1) Die Zahl der unmittelbar zu wählenden Mitglieder des Kollegsenats und deren Sitzverteilung sind in § 10 Absatz 3 der Grundordnung geregelt.

(2) Die Zahl der unmittelbar zu wählenden Mitglieder des Abteilungsrates und deren Sitzverteilung sind in § 18 Absatz 3 der Grundordnung geregelt.

§ 4

Entbehrlichkeit der Wahlen

(1) Ist die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten einer Gruppe kleiner oder gleich der Zahl der auf sie entfallenden Sitze, so werden alle wählbaren Kandidatinnen und Kandidaten dieser Gruppe ohne Wahl Mitglieder des Gremiums.

(2) Wenn in einer Gruppe keine Wahlen stattfinden, weil keine gültigen Wahlvorschläge eingegangen sind, bleiben gemäß § 13 Absatz 3 der Verwaltungsvereinbarung die letzten Amtsinhaber dieser Gruppe im Amt. Der Vorstand ist zu unterrichten.

§ 5

Durchführung der Wahlen; Amtszeit

(1) Die Gruppenvertretungen in den Gremien werden in unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von der jeweiligen Mitgliedergruppe gewählt.

(2) Die Wahl kann als Urnenwahl, Briefwahl oder Online-Wahl oder einer Kombination dieser Wahlverfahren erfolgen. Im Fall der Urnenwahl ist eine dezentral an den einzelnen Trägerhochschulen durchgeführte Wahl zulässig.

(3) Gemäß § 10 Absatz 2 der Grundordnung beträgt die Amtszeit des Kollegsenats drei Jahre, die Vertreterinnen und Vertreter der Promovierenden im Kollegsenat werden jeweils für ein Jahr gewählt.

(4) Die Amtszeit des Abteilungsrats beträgt gemäß § 18 Absatz 2 der Grundordnung drei Jahre, die Vertreterinnen und Vertreter der Promovierenden im Abteilungsrat werden jeweils für ein Jahr gewählt.

§ 6

Verbindung der Wahlen

Die Wahlen zum Kollegsenat und zu den Abteilungsräten werden in der Regel als verbundene Wahlen gleichzeitig vorbereitet und durchgeführt.

§ 7

Wahlrecht für die Wahlen zum Kollegsenat und zu den Abteilungsräten

(1) Das Wahlrecht zum Kollegsenat haben alle Mitglieder des Promotionskollegs NRW mit Ausnahme des Vorstands. Das Wahlrecht zum Abteilungsrat haben alle einer Abteilung zugeordneten Professorinnen und Professoren, Promovierenden und Mitglieder des Kollegpersonals. Im Falle der Zuordnung zu mehr als einer Abteilung muss eine Entscheidung für eine Abteilung erfolgen.

(2) Das Wahlrecht ist gemäß § 13 Absatz 1 HG getrennt nach Gruppen auszuüben.

(3) Wahlberechtigte Mitglieder, die mehreren Gruppen angehören, haben sich innerhalb der im Wahlausschreiben genannten Frist gegenüber dem Wahlvorstand zu erklären, in welcher Gruppe sie ihr Wahlrecht ausüben wollen, die Erklärung ist für die jeweilige Wahl unwiderruflich. Gibt ein wahlberechtigtes Mitglied seine Erklärung nicht bis zum Ablauf der in Satz 1 genannten Frist ab, so wird es vom Wahlvorstand einer Gruppe oder einer Abteilung zugewiesen.

(4) Die Zugehörigkeit als Mitglied zur Gruppe des Promotionskollegpersonals ist bestimmt durch § 9 Absatz 1 Nummer 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung.

(5) Die Zugehörigkeit als Mitglied des Promotionskollegs zur Gruppe der Promovierenden ist bestimmt nach § 10 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung.

(6) Die Zugehörigkeit als Mitglied des Promotionskollegs zur Gruppe der Professorinnen und Professoren ist bestimmt nach § 8 Absatz 1 der Verwaltungsvereinbarung.

§ 8

Wahlvorstand

- (1) Der Wahlvorstand wird von der oder dem Vorstandsvorsitzenden bestellt.
- (2) Der Wahlvorstand setzt sich aus fünf Mitgliedern des Promotionskollegs zusammen. Nach Möglichkeit sollen hierbei die unterschiedlichen Gruppen Berücksichtigung finden.
- (3) Die Mitglieder des Wahlvorstandes bestimmen aus ihrer Mitte eine oder einen Vorsitzenden. Die oder der Vorsitzende ist dazu verpflichtet, die Namen der Mitglieder unverzüglich an den Vorstand und an die Abteilungen des Promotionskollegs bekannt zu geben.
- (4) Die in den Wahlvorstand berufenen Mitglieder können die Übernahme des Amtes nur aus wichtigem Grund ablehnen. Der Grund ist schriftlich einzureichen. Über die Entscheidung der Ablehnung bestimmt die oder der Vorstandsvorsitzende.
- (5) Die Wahlen werden durch einen Wahlvorstand vorbereitet und geleitet.
- (6) Der Wahlvorstand trifft seine Entscheidungen durch Beschluss mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme der oder des Vorsitzenden entscheidend.
- (7) Bei Urnenwahlen bestellt der Wahlvorstand zur Durchführung der Wahlen an jedem Wahlort einen Ortswahlvorstand, der aus 3 Personen besteht. Es können nur wahlberechtigte Mitglieder des Promotionskollegs ernannt werden. Die Bestellung zum Ortswahlvorstand kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Über die Berechtigung einer Ablehnung entscheidet die oder der Vorstandsvorsitzende.
- (8) Der Wahlvorstand kann Wahlhelferinnen und Wahlhelfer ernennen. Diese müssen wahlberechtigte Mitglieder des Promotionskollegs sein.
- (9) Die Bestellung zur Wahlhelferin oder zum Wahlhelfer gemäß § 8 Absatz 8 kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden. Über die Berechtigung einer Ablehnung entscheidet die oder der Vorstandsvorsitzende.
- (10) Der Wahlvorstand wird nach den Wahlen aufgelöst.

§ 9

Aufstellung des Wählerinnen- und Wählerverzeichnisses

- (1) Das Verzeichnis der Wahlberechtigten ist jeweils nach Gruppen sowie bei den Wahlen zu den Abteilungsräten zusätzlich nach Abteilung zu gliedern. Der Wahlvorstand hat bis zum Abschluss der Stimmabgabe das Verzeichnis der Wahlberechtigten stets zu aktualisieren.
- (2) Wählen darf nur, wer in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist. Gewählt werden darf nur, wer bis zum Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (3) Das Verzeichnis der Wahlberechtigten oder eine Abschrift ist ab dem Erlass des Wahlausschreibens bis zum Abschluss der Stimmabgabe zur Einsicht auszulegen. Jedes wahlberechtigte Mitglied des Promotionskollegs kann bei dem Wahlvorstand schriftlich bis spätestens 12.00 Uhr am dritten Tag vor

der Wahl Einspruch gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses der Wahlberechtigten einlegen. Richtet sich der Einspruch gegen die Eintragung Dritter, so sollen diese von dem Wahlvorstand über den Einspruch unterrichtet und am weiteren Verfahren beteiligt werden. Die Entscheidung des Wahlvorstandes über den Einspruch und die Bekanntgabe der Entscheidung an die Einspruchsführerin oder den Einspruchsführer erfolgen unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ende der Stimmabgabe. Ist der Einspruch begründet, hat der Wahlvorstand das Verzeichnis der Wahlberechtigten zu berichtigen.

§ 10

Wahlausschreiben

(1) Das Wahlausschreiben wird von dem Wahlvorstand erstellt. Das Wahlausschreiben ist unverzüglich bekannt zu machen. Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können von dem Wahlvorstand jederzeit berichtigt werden.

(2) Das Wahlausschreiben muss enthalten:

1. Ort und Tag seines Erlasses,
2. die Zahl der für die einzelnen Organe, Gremien zu wählenden Mitglieder, getrennt nach Gruppen,
3. die Festlegung des verwendeten Wahlverfahrens bzw. der Kombination der verwendeten Wahlverfahren,
4. den Hinweis auf das Gebot der geschlechtergerechten Zusammensetzung von Gremien und das in diesem Zusammenhang bestehende Dokumentationsanforderung der Bemühungen im Hinblick darauf, dass eine geschlechterparitätische Besetzung möglicherweise nicht gelingt,
5. den Hinweis auf die Rechtsfolgen für den Fall einer nicht gelingenden geschlechterparitätischen Besetzung der Gremien, ohne dass eine sachlich begründete Ausnahme vorliegt (unverzügliche Auflösung und Neubildung des Kollegsenats und der Abteilungsräte),
6. Zeit und Ort für die Einsichtnahme in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis und die Wahlordnung,
7. die Mitteilung, in welchen Gruppen eine Wahl voraussichtlich entfällt, weil die Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der der Gruppe zustehenden Sitze nicht übersteigt,
8. den Hinweis, dass nur diejenige oder derjenige das Wahlrecht hat, die oder der in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist,
9. den Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch gegen das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis einzulegen, die Form und die Fristen für diese Einsprüche,
10. den Hinweis, dass jedes Promotionskollegmitglied für die Wahl des betreffenden Organs, Gremiums nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden darf,
11. den Hinweis, dass jedes Promotionskollegmitglied jeweils nur einen Wahlvorschlag für die Wahl zu einem Organ, Gremium unterzeichnen darf,
12. den Hinweis, dass nur fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge berücksichtigt werden und dass nur gewählt werden kann, wer in einem solchen Wahlvorschlag aufgenommen ist,
13. den Hinweis, dass die Wahlvorschläge in der Wahlbekanntmachung bekannt gegeben werden,
14. den Ort und die Zeit der Stimmabgabe,
15. im Falle der Urnenwahl die Festlegung der Regelung für die Durchführung gemäß § 20
16. die Regelungen für die Briefwahl mit Angabe der Frist für die Briefwahlanträge und der Stelle, an die solche Anträge zu richten sind gemäß § 21,
17. im Fall der Online-Wahl die Festlegung der Regelung für die Durchführung gemäß § 22.

§ 11

Wahlvorschläge

(1) Die Wahlvorschläge sind gesondert für die Wahl der einzelnen Gremien und getrennt nach Gruppen innerhalb von mindestens zwei Wochen nach dem Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen.

(2) Wahlvorschläge können nur von wahlberechtigten Promotionskollegmitgliedern der jeweiligen Gruppe, für die Wahlen zu den Abteilungsräten darüber hinaus nur von wahlberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Abteilung unterzeichnet werden. Ist ein Wahlvorschlag auch von nicht vorschlagsberechtigten Personen unterzeichnet worden, so werden diese gestrichen. Vorschlagsberechtigte können für jede der einzelnen Wahlen rechtswirksam nur einen Vorschlag unterzeichnen.

(3) Hat eine Vorschlagsberechtigte bzw. ein Vorschlagsberechtigter für eine der einzelnen Wahlen mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, zählt die Unterschrift nur auf dem zuerst eingegangen geltenden Wahlvorschlag.

(4) Für die Wahlen dürfen nur wählbare Promotionskollegmitglieder der jeweiligen Gruppe und für die Wahlen zu den Abteilungsräten darüber hinaus nur Mitglieder der jeweiligen Abteilungen vorgeschlagen werden. Nicht wählbare Kandidatinnen oder Kandidaten werden gestrichen. Kandidatinnen oder Kandidaten können für jede der einzelnen Wahlen jeweils nur in einem Wahlvorschlag benannt werden. Werden Kandidatinnen oder Kandidaten in mehreren Wahlvorschlägen benannt, so gilt der zuerst eingegangen geltende Wahlvorschlag.

(5) Mit dem Wahlvorschlag ist eine schriftliche, unwiderrufliche Bereitschaftserklärung jeder Kandidatin bzw. jedes Kandidaten für die Kandidatur einzureichen.

(6) Nicht fristgerecht eingereichte Wahlvorschläge sind ungültig.

§ 12

Inhalt der Wahlvorschläge

(1) Jeder Wahlvorschlag muss folgende Angaben enthalten:

1. das Gremium, für das die Kandidatinnen oder Kandidaten benannt werden,
2. die Gruppe, für die die Kandidatinnen oder Kandidaten benannt werden,
3. Name, Vorname, Gruppen- und ggf. Abteilungszugehörigkeit,
4. die schriftliche Zustimmungserklärung der Kandidatinnen und Kandidaten

(2) Die Namen der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten sind auf dem Wahlvorschlag untereinander aufzuführen und mit fortlaufenden Nummern zu versehen. Die Wahlvorschläge müssen auf Vordrucken abgegeben werden, die der Wahlvorstand ausgibt.

(3) Wahlvorschläge können eine Listenverbindung eingehen. Dies muss gegenüber dem Wahlvorstand zum Zeitpunkt der Abgabe des Wahlvorschlags erklärt werden. Verbundene Listen werden wie eine Liste behandelt.

(4) Wahlvorschläge können mit einer Listenbezeichnung versehen werden.

§ 13

Behandlung der Wahlvorschläge

(1) Die im Wahlausschreiben näher bezeichneten Personen nehmen die Wahlvorschläge entgegen. Auf den Wahlvorschlägen sind Tag und Uhrzeit des Eingangs zu vermerken. Dies gilt entsprechend, wenn ein berechtigter Wahlvorschlag eingereicht wird.

(2) Der Wahlvorstand hat die Wahlvorschläge unverzüglich zu prüfen. Werden Mängel festgestellt, regt er unverzüglich unter Rückgabe des Wahlvorschlags die fristgerechte Berichtigung der zu bezeichnenden Mängel an; die Frist für die Vorlage berechtigter Wahlvorschläge endet zu dem in § 14 Absatz 2 (Nachfrist) bestimmten Zeitpunkt. Stellt der Wahlvorstand Ungültigkeiten fest, wird der Wahlvorschlag unverzüglich unter Angabe der Gründe zurückgeben und die Einreichung eines ordnungsgemäßen neuen Wahlvorschlags innerhalb der Einreichungsfrist angestrebt.

§ 14

Nachfrist für das Einreichen von Wahlvorschlägen

(1) Ist nach Ablauf der Einreichungsfrist für die einzelnen Wahlen jeweils nicht mindestens ein gültiger Wahlvorschlag für die Gruppe eingegangen, so gibt der Wahlvorstand sofort bekannt, für welche Wahl und für welche Gruppe kein Wahlvorschlag vorliegt. Das gleiche gilt, wenn die Wahlvorschläge für eine der einzelnen Wahlen und Gruppen insgesamt weniger Kandidatinnen oder Kandidaten benennen als dieser Gruppe an Sitzen in dem Gremium zustehen.

(2) Der Wahlvorstand fordert unter Hinweis auf die Folgen aus § 32 Absatz 3 zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb der angegebenen Nachfrist von sieben Tagen auf.

(3) Werden für die Wahlen zum Kollegsenat bzw. zu den Abteilungsräten für eine Gruppe auch innerhalb der Nachfrist so wenige Kandidatinnen oder Kandidaten benannt, dass die vorgeschriebene Zahl der Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe nicht erreicht werden kann, bleiben die Sitze der Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppe im Kollegsenat bzw. im Abteilungsrat unbesetzt.

§ 15

Bezeichnung der Wahlvorschläge

(1) Der Wahlvorstand versieht die gültigen Wahlvorschläge der Gruppen in der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsnummern (Vorschlag 1 usw.). Das Los entscheidet die Reihenfolge, wenn mehrere Wahlvorschläge gleichzeitig eingegangen sind. Bei Wahlvorschlägen, die berichtigt worden sind, ist der Zeitpunkt des Eingangs des berechtigten Wahlvorschlags maßgebend.

§ 16

Wahlsystem

(1) Der Wahlvorstand stellt fest, ob die Gruppenvertreterinnen und Gruppenvertreter der einzelnen Gremien nach den Grundsätzen der Verhältniswahl oder nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen sind.

(2) Die Verhältniswahl wird aufgrund von Listen durchgeführt. Sie findet statt, wenn je Wahl und Gruppe mehrere gültige Wahlvorschläge eingegangen sind.

(3) Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl ist zu wählen, wenn je Wahl und Gruppe nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen ist oder, wenn nur eine Kandidatin oder ein Kandidat einer Gruppe zu wählen ist.

§ 17

Wahlbekanntmachung

(1) Unverzüglich nach Ablauf der in § 11 Absatz 1 oder der in § 14 Absatz 2 genannten Frist, spätestens jedoch am dritten Tag vor Beginn der Stimmabgabe, erfolgt die Wahlbekanntmachung durch den Wahlvorstand. Diese enthält.

1. die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf den Wahlzeitraum, bei Urnenwahl auf die Wahlräume und die Tageszeiten für die Stimmabgabe,
2. die Zugangsdaten bei Online-Wahlen, mit denen die Stimme abgegeben werden kann,
3. die Regelung für die Stimmabgabe,
4. die zugelassenen Wahlvorschläge und
5. den Hinweis, zu welchen Gremien in welcher Gruppe eine Wahl gegebenenfalls entfällt.

(2) Die Wahlbekanntmachung ist von der oder dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

§ 18

Ausübung des Wahlrechts / Stimmabgabe

(1) Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag benannt ist.

(2) Das Wahlrecht wird durch Abgabe einer Stimme oder eines Stimmzettels ausgeübt. Für die einzelnen Wahlen oder Gruppen werden unterschiedliche ggf. elektronische Stimmzettel verwendet; im Übrigen müssen die jeweiligen Stimmzettel gleich beschaffen sein.

(3) Die Stimmabgabe soll spätestens drei Wochen nach dem Ablauf der Frist nach § 11 Absatz 1 und der Nachfrist nach § 14 Absatz 2 erfolgen.

(4) Bei Verhältniswahlen hat die oder der Wahlberechtigte für jede Wahl nur eine Stimme. Auf dem Stimmzettel sind die Wahlvorschläge in der Reihenfolge der ihnen zugeteilten Ordnungsnummern abzubilden. Die Namen und Vornamen der Kandidatinnen bzw. der Kandidaten sind entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Der Stimmzettel muss Platz für das Ankreuzen bzw. bei Online-Wahlen ein Feld für das Anklicken der einzelnen Kandidatinnen bzw. Kandidaten des Wahlvorschlages aufweisen.

Die Listenbezeichnung § 12 Absatz 4 ist als Zusatz aufzuführen. Es muss verdeutlicht werden, dass nur eine Kandidatin bzw. ein Kandidat angekreuzt werden kann. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Stimme für eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.

(5) Bei Mehrheitswahl in einer Gruppe hat die oder der Wahlberechtigte je Wahl so viele Stimmen, wie Sitze auf die Gruppe entfallen.

(6) Das Wahlrecht wird durch Abgabe bzw. bei Online-Wahlen durch Absenden eines Stimmzettels ausgeübt.

(7) Ungültig sind insbesondere Stimmzettel,

- a) die nicht auf einem von dem Wahlvorstand ausgegebenen Vordruck abgegeben sind;
- b) aus denen sich der Wählerwille nicht zweifelsfrei ergibt;
- c) die besondere Zusätze oder einen Vorbehalt enthalten;
- d) auf denen mehr Stimmen abgegeben sind als der oder dem Wahlberechtigten im Einzelnen zustehen.

§ 19

Wahlhandlung

(1) Die oder der Vorstandsvorsitzende bestimmt im Einvernehmen mit dem Wahlvorstand, ob die Wahl im Ganzen oder in Teilen als reine Urnenwahl, Briefwahl oder Online-Wahl oder einer Kombination der Verfahren durchgeführt wird. Die Online-Wahl ist nur dann zulässig, wenn bei ihrer Durchführung die geltenden Wahlrechtsgrundsätze, insbesondere die Grundsätze der geheimen Wahl und der Öffentlichkeit der Wahl, gemäß Onlinewahlverordnung §§ 4-7 gewahrt sind.

(2) Wenn die Briefwahl nicht als Hauptverfahren, sondern als ergänzendes Verfahren festgelegt wird, muss die Briefwahl schriftlich, mündlich oder elektronisch beim Wahlvorstand beantragt werden. Die Beantragung ist im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu notieren. Ein Briefwahlantrag ist durch eine entsprechend ausgewiesene bevollmächtigte Person gültig.

§ 20

Urnenwahl

(1) Der Wahlvorstand bestimmt für jeden Wahlraum eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer. Die Wahlleiterin oder der Wahlleiter sorgt für einen ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl. Sofern im Laufe der Wahlhandlung besondere Vorkommnisse auftreten, fertigt die Wahlleiterin oder der Wahlleiter darüber ein Protokoll an.

(2) Der örtliche Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wählerinnen und Wähler den Stimmzettel unbeobachtet kennzeichnen können. Der Stimmzettel ist von der wahlberechtigten Person so zu falten, dass die Geheimhaltung stets gewahrt ist. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe hat der örtliche Wahlvorstand festzustellen, dass die Wahlurnen leer sind und sie zu verschließen. Sie müssen so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Stimmzettel nicht vor Öffnung der Urne entnommen werden können. Die Verwendung getrennter Wahlurnen für die einzelnen Wahlen und Gruppen ist zulässig.

(3) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens die Wahlleiterin oder der Wahlleiter anwesend sein.

(4) Vor Einwurf des Stimmzettels in die Urne ist festzustellen, ob die Wählerin oder der Wähler in das Wählerinnen- und Wählerverzeichnis eingetragen ist. Die Stimmabgabe ist im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu vermerken. Der Nachweis der Identität kann bei Zweifeln gefordert werden. Hatte die Wählerin oder der Wähler Briefwahl beantragt oder wurde ein Briefwahlverfahren

durchgeführt, so setzt die Stimmabgabe im Rahmen der Urnenwahl die Vorlage des Wahlscheins voraus.

(5) Wird die Wahlhandlung unterbrochen, so hat der örtliche Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurnen so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist. Bei Wiedereröffnung der Wahl hat sich der örtliche Wahlvorstand davon zu überzeugen, dass der Verschluss unversehrt ist

(6) Die Wahlberechtigten dürfen am Wahlort bzw. Wahlraum weder durch Aushänge noch durch persönliche Anreden hinsichtlich ihrer Stimmabgabe beeinflusst werden.

(7) Der örtliche Wahlvorstand stellt sicher, dass die Wahlurnen nach Beendigung der Stimmabgabe sicher und verschlossen aufbewahrt werden. Der Wahlvorstand veranlasst, dass die Wahlurnen zur zentralen Stimmenauszählung abgeholt werden.

§ 21

Briefwahl

(1) Wahlberechtigte können von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn sie oder er dies bei dem Wahlvorstand in der durch das Wahlausschreiben festgesetzten Frist schriftlich, mündlich oder elektronisch beantragt. Ein Briefwahlantrag ist durch eine entsprechend ausgewiesene bevollmächtigte Person gültig.

(2) Eine Antragsstellung kann nur durch die in § 19 Absatz 2 genannte Form erfolgen. Zudem muss die festgesetzte Frist, die in dem Wahlausschreiben gemäß § 10 Absatz 2 bekanntgegeben wurde, berücksichtigt werden.

(3) Der oder dem Wahlberechtigten sind die Stimmzettel mit einem Umschlag, ein Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes trägt, eine Briefwählerläuterung und ein Wahlschein auszuhändigen oder zu übersenden. Der Wahlschein erhält die Bestätigung des Wahlberechtigten, dass die Wahl eigenhändig oder im eigenen Auftrag erfolgt ist. Der Wahlvorstand hat die Aushändigung oder Übersendung im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis zu vermerken.

(4) Zur Ausübung des Wahlrechts gibt die oder der Wahlberechtigte die von ihr oder ihm ausgefüllten Stimmzettel in den beiliegenden Umschlag, der seinerseits zusammen mit dem Wahlschein in den Freiumschlag zu legen ist. Der Umschlag ist dem Wahlvorstand so rechtzeitig zu übersenden, dass er vor Abschluss der Stimmabgabe vorliegt.

(5) Unmittelbar vor Beginn der Stimmenauszählung entnehmen die Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer die Wahlumschläge den bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen und noch verschlossenen Briefumschlägen und legen sie nach Vermerk der Stimmabgabe im Verzeichnis der Wahlberechtigten ungeöffnet in die Wahlurnen.

(6) Nach Abschluss der Stimmabgabe eingehende Briefumschläge hat die Wahlleitung mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.

§ 22

Online-Wahl

(1) Die Online-Wahl richtet sich nach den Vorgaben der Verordnung zur Durchführung online gestützter Wahlen der Hochschulen und der Studierendenschaften in Nordrhein-Westfalen (Onlinewahlverordnung) in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Die elektronische Stimmabgabe ist gültig, jedoch muss eine andere Form der Stimmabgabe möglich sein insbesondere durch Urnenwahl oder auf Antrag durch Briefwahl.

(3) Der Wahlvorstand sendet gemäß § 6 Absatz 5 der Onlinewahlverordnung die Angabe des Wahlzeitraums sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und Nutzung des Wahlportals elektronisch oder auf dem Postweg den Wahlberechtigten zu. Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels eines elektronischen Stimmzettels.

(4) Die Stimmabgabe erfolgt persönlich und unbeobachtet in elektronischer Form. Eine vorherige Authentifizierung der wahlberechtigten Person ist notwendig. Die Authentifizierungsdaten müssen eine eindeutige Identifizierung ermöglichen, die nach dem Stand der Technik nicht in unberechtigter Weise dupliziert oder umgangen werden kann. Zugleich muss die wahlberechtigte Person gegenüber dem Wahlvorstand die Versicherung an Eides Statt unter Angabe des Tages versichern. Die Versicherung an Eides Statt wird in schriftlicher Form oder in elektronischer Form abgegeben. Die Speicherung der abgesandten Stimmen muss anonymisiert und so erfolgen, dass die Reihenfolge des Stimmeneingangs nicht nachvollzogen werden kann. Die Wahlberechtigten müssen bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die Wählerin oder den Wähler zu ermöglichen. Die Übermittlung muss für die Wählerin oder den Wähler am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.

(5) Bei der Stimmeneingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der Wählerin oder des Wählers in dem von ihr oder ihm hierzu verwendeten Computer kommen. Es muss gewährleistet sein, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeneingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeneingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papierausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen. Zudem muss die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen und persönliche Informationen, wie IP-Adressen etc. dürfen nicht protokolliert werden.

§ 22 a

Störung der Online-Wahl

(1) Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahlfrist aus auftretenden technischen Gründen den Wahlberechtigten nicht möglich, kann der Wahlvorstand die Wahlfrist verlängern. Die Verlängerung muss allgemein bekannt gegeben werden.

(2) Die Online-Wahl ist abubrechen, wenn Manipulationen oder Manipulationsversuche sowie technische oder mechanische Störungen auftreten sollten und hierdurch die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl nicht gewährleistet wird. Dementsprechend finden Nachwahlen oder Wiederholungswahlen statt. Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt, die ohne

Gefahr vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist eine mögliche Stimmmanipulation ausgeschlossen, kann der Wahlvorstand solche Störungen beheben lassen.

§ 22 b

Technische Anforderungen der Online-Wahl

(1) Online-Wahlen dürfen gemäß § 4 Absatz 1 der Onlinewahlverordnung nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(2) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen die elektronische Wahlurne und das elektronische Wählerinnen- und Wählerverzeichnis gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 1 der Onlinewahlverordnung auf verschiedene Serverhardware geführt werden.

(3) Die Wahlserver müssen gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 2 und 3 der Onlinewahlverordnung vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wählerinnen und Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechts (Wahlzeiten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.

(4) Das Übertragungsverfahren der Wahlzeiten ist gemäß § 4 Absatz 2 Nummer 4 und 5 der Onlinewahlverordnung so zu gestalten, dass sie vor Ausspäh- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung der Wählerin bzw. des Wählers, der Gültigkeit ihrer oder seiner Versicherung an Eides Statt sowie zur Registrierung der Stimmabgabe im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen getrennt sein, sodass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zur Wählerin oder zum Wähler möglich ist.

(5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderung der Wahlzeiten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahlzeiten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe im Wählerinnen- und Wählerverzeichnis kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

(6) Das Promotionskolleg ist berechtigt, zur Durchführung der Online-Wahl und zur Feststellung des ausreichenden technischen Sicherheitsstandards externe Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.

§ 23

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Unverzüglich nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Zeit führt der Wahlvorstand die Auszählung durch. Der Wahlvorstand ist dazu verpflichtet, die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen zu prüfen. Dazu vergleicht der örtliche Wahlvorstand die Zahl der in der Wahlurne enthaltenen

Stimmzettel mit der Zahl der nach dem Wählerinnen- und Wählerverzeichnis abgegebenen Stimmen. Zudem protokolliert der Wahlvorstand das Ergebnis der Auszählung.

(2) Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln, die zu Zweifeln Anlass geben, entscheidet der Wahlvorstand. Die Entscheidung wird jeweils auf den Stimmzetteln vermerkt. Die ungültigen Stimmzettel werden gesondert bei den Wahlunterlagen aufbewahrt.

(3) Der örtliche Wahlvorstand zählt im Falle der Verhältniswahl die auf jeder Liste und innerhalb jeder Liste auf die einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen zusammen.

(4) Im Falle der Mehrheitswahl werden die auf die einzelne Kandidatin bzw. den einzelnen Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen zusammengezählt.

(5) Der Wahlvorstand veranlasst unverzüglich nach Beendigung der Online-Wahl die computerbasierte Auszählung der abgegebenen Stimmen und stellt das Ergebnis durch einen Ausdruck der Auszählungsergebnisse fest. Die Stimmen aus den anderen Wahlverfahren werden mit den Stimmen der Online-Wahl zusammenaddiert. Das Wahlergebnis muss schriftlich dokumentiert werden. Das Auszählungsergebnis muss von der oder dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes unterzeichnet werden.

§ 24

Wahlniederschrift

(1) Der Wahlvorstand ist unverzüglich nach dem Wahlergebnis dazu verpflichtet eine Niederschrift über das Wahlergebnis anzufertigen. Die oder der Vorsitzende des Wahlvorstandes muss die Niederschrift unterzeichnen.

(2) Die Niederschrift muss getrennt nach Wahlen und Gruppen enthalten:

1. die Summe der abgegebenen Stimmen,
2. die Summen der abgegebenen gültigen sowie ungültigen Stimmen,
3. im Fall der Listenwahl die Zahl der innerhalb der Listen auf die einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten entfallenden gültigen Stimmen sowie die endgültige Reihenfolge der Kandidatinnen oder Kandidaten,
4. im Fall der Mehrheitswahl die Zahl der auf jede Kandidatin oder jeden Kandidaten entfallenden gültigen Stimmen,
5. die Namen der gewählten Kandidatinnen oder Kandidaten,
6. den Hinweis auf Nachwahlen nach § 32.

(3) Besondere Vorkommnisse bei der Feststellung des Wahlergebnisses sind in der Niederschrift zu vermerken.

§ 25

Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei Verhältniswahl

(1) Die Summen der auf die einzelnen Vorschlagslisten oder Listenverbindungen jeder Gruppe entfallenen gültigen Stimmen werden nebeneinandergestellt und der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw. geteilt. Auf die jeweils höchste Teilzahl (Höchstzahl) wird solange ein Sitz zugeteilt, bis alle der Gruppe

zustehenden Sitze verteilt sind (d'Hondtsches Verfahren). Reicht die Anzahl der Sitze bei gleichen Höchstzahlen nicht aus, so entscheidet das Los. Enthält eine Liste weniger Bewerberinnen oder Bewerber, als ihr nach den Höchstzahlen Sitze zustehen würden, so fallen die überschüssigen Sitze den übrigen Sitzen derselben Gruppe in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu.

(2) Die Reihenfolge der Kandidatinnen oder Kandidaten innerhalb einer Liste richtet sich nach der jeweils höchsten Zahl der auf sie entfallenen gültigen Stimmen; bei Kandidatinnen oder Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl und solcher, auf die keine Stimmen entfallen sind, ist die Reihenfolge im Wahlvorschlag maßgebend zu ermitteln. Gewählt sind so viele Kandidatinnen oder Kandidaten in der nach Satz 1 ermittelten Reihenfolge, wie der Gruppe Sitze zustehen.

§ 26

Ermittlung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei Mehrheitswahl

Im Falle der Mehrheitswahl sind die Kandidatinnen oder Kandidaten einer Gruppe in der Reihenfolge der jeweils höchsten auf sie entfallenden Stimmenzahlen gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 27

Benachrichtigung der gewählten Vertreterinnen und Vertreter

(1) Der Wahlvorstand benachrichtigt die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in schriftlicher oder elektronischer Form von der Wahl.

(2) Der Wahlvorstand veröffentlicht die Namen der gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Verkündungsblatt des Promotionskollegs NRW.

§ 28

Wahlwiederholung

(1) Eine Wahlwiederholung findet statt, wenn und soweit

1. aufgrund einer Wahlprüfung nach § 29 die Wahl für ungültig erklärt wird,
2. die Gremien keine geschlechterparitätische Besetzung nach § 2 erreicht haben, es sei denn, dass im Einzelfall eine sachlich begründete Ausnahme vorliegt,
3. die Zahl der abgegebenen Stimmen die Zahl der Wahlteilnehmerinnen und Wahlteilnehmer übersteigt,
4. die gesetzlichen Vorgaben zur elektronischen Wahlen gemäß der Onlinewahlverordnung sowie des § 22 nicht eingehalten werden können.

(2) Die Wahl ist auf die betroffene Gruppe zu beschränken. Bei Wahlwiederholung wird die Wahlordnung berücksichtigt. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlausschreiben anzugeben. Der Wahlvorstand kann im Fall einer Wahlwiederholung durch öffentlich bekanntzugebenden Beschluss von dieser Wahlordnung abweichende Bestimmungen über Fristen und andere Zeitangaben sowie über Bekanntmachungen treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von dem Wahlausschreiben und der Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen sowie Einsprüche und Vorschläge einzureichen.

§ 29

Wahlprüfung

(1) Wahlberechtigte können innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gegen die Gültigkeit der Wahl bei dem Wahlvorstand Einspruch erheben. Der Wahleinspruch muss begründet werden.

(2) Über Einsprüche entscheidet der Wahlvorstand.

(3) Wird das festgestellte Wahlergebnis für ganz oder teilweise ungültig erklärt, so ist sie ganz oder teilweise aufzuheben und eine Neufeststellung anzuordnen.

(4) Die Wahl ist ganz oder teilweise für ungültig zu erklären, wenn wesentliche Bestimmungen über die Wahlvorbereitung, die Sitzverteilung, das Wahlrecht, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren (Online-Wahl) verletzt worden sind, es sei denn, dass dies sich nicht auf die Sitzverteilung ausgewirkt hat.

(5) Der Wahlvorstand gibt die Entscheidung dem Promotionskollegmitglied, das den Einspruch erhoben hat sowie allen bekannt, die von der Entscheidung betroffen sind.

(6) Bei Ungültigkeit einer Wahl leitet der Wahlvorstand unverzüglich die Wiederholung ein. Die Wahlwiederholung ist auf die betroffene Gruppe zu beschränken. Die Wahlordnung behält ihre Gültigkeit. Der Wahlvorstand kann abweichende Bestimmungen über Fristen und andere Zeitangaben sowie über Bekanntmachung treffen, soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von dem Wahlausschreiben und der Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen sowie Widersprüche und Vorschläge einzureichen.

§ 30

Aufbewahrung der Wahlunterlagen

Die Wahlunterlagen sind bis zur Unanfechtbarkeit des Wahlergebnisses aufzubewahren. Nach Ablauf der Frist gemäß § 29 Absatz 1 können diese mit Einvernehmen des Wahlvorstandes vernichtet werden, soweit keine Vorschriften entgegenstehen.

§ 31

Veränderung in der Gruppenzugehörigkeit

Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit eines Gremienmitgliedes oder ergibt sich nachträglich, dass bei der Eintragung in das Verzeichnis der Wahlberechtigten von einer falschen Gruppenzugehörigkeit ausgegangen wurde, so scheidet dieses Mitglied aus dem Gremium aus. Die Regelungen über den Eintritt von Ersatzmitgliedern nach § 32 finden Anwendung.

§ 32

Eintritt von Ersatzmitgliedern

(1) Durch Niederlegung des Mandats oder durch Ausscheiden aus dem Promotionskolleg erlischt die Mitgliedschaft in einem Gremium. Ein Ersatzmitglied aus der jeweiligen Mitgliedsgruppe tritt ein.

(2) Die Ersatzmitglieder werden in der Reihenfolge der nächsthöheren Stimmenzahl den als Ersatzmitglieder gewählten Kandidatinnen und Kandidaten derjenigen Vorschlagsliste entnommen, der die zu ersetzenden Mitglieder entstammen. Kann keine Kandidatin oder Kandidat aus der jeweiligen Mitgliedsgruppe entnommen werden, findet eine Nachwahl nur auf Antrag eines Mitglieds der im Gremium betroffenen Gruppe statt. Es gelten die Anordnungen dieser Wahlordnung.

(3) Steht kein Ersatzmitglied für den frei gewordenen Platz in der Gruppe nach der Nachwahl zur Verfügung, so bleibt der Sitz frei.

(4) Treffen bei einem Mitglied eines Gremiums Wahlmandat und Amtsmandat zusammen, so ruht gemäß § 13 Absatz 2 der Verwaltungsvereinbarung für die Amtszeit das Wahlmandat. Während dieser Zeit tritt ein Ersatzmitglied ein.

Teil III – Wahlen zur Direktorin oder zum Direktor

§ 33

Wahl der Direktorin oder des Direktors und ihrer oder seiner Stellvertretungen

(1) Der Abteilungsrat wählt für die Wahl der Direktorin oder des Direktors und der Stellvertretungen in der konstituierenden Sitzung eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter und bestimmt den Wahltermin.

(2) Für die Wahlen können die wahlberechtigten Mitglieder des Abteilungsrats Vorschläge machen. Jedes Mitglied kann für jedes zu besetzende Amt nur eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorschlagen. Die Vorgeschlagenen erklären, ob sie die Kandidatur annehmen.

(3) In der Wahlsitzung ist den jeweiligen Kandidatinnen oder Kandidaten Gelegenheit zu geben, die Schwerpunkte ihrer zukünftigen Amtstätigkeit vorzustellen; den Mitgliedern der Abteilung ist die Möglichkeit der Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten einzuräumen.

(4) Die Direktorin oder der Direktor und die stellvertretenden Direktorinnen und Direktoren werden gemäß § 25 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsvereinbarung vom Abteilungsrat aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Gremiums gewählt.

(5) Die Wahlen zum Direktor bzw. zur Direktorin sowie zu einer oder zwei Stellvertretungen finden in getrennten Wahlgängen statt. In der Wahlsitzung ist sodann zunächst die Direktorin oder der Direktor zu wählen. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Abteilungsrats auf sich vereinigt. Wird keine oder keiner der Vorgeschlagenen gewählt, findet unter den Kandidatinnen und Kandidaten, die die höchste und zweithöchste Zahl der Stimmen auf sich vereinigen konnten, ein zweiter Wahlgang statt. Wird auch im zweiten Wahlgang keine Kandidatin bzw. kein Kandidat gewählt, so erfolgt nach Ablauf von mindestens einer Woche ein dritter Wahlgang unter den beiden im zweiten Wahlgang höchstplatzierten Kandidatinnen und Kandidaten. Unmittelbar nach der jeweiligen Wahl

wird das Ergebnis festgestellt. Erhält auch im dritten Wahlgang keine Kandidatin oder kein Kandidat die erforderliche Stimmenzahl, so leitet der Wahlvorstand ein neues Wahlverfahren ein. Nachdem die Gewählten die Annahme der Wahl erklärt haben, wird das Ergebnis der Wahl dem Vorstand sowie durch Veröffentlichung im Verkündungsblatt bekannt gegeben.

(6) Ist die zur Direktorin bzw. zum Direktor gewählte Person gewähltes Mitglied des Abteilungsrats, rückt vor der nachfolgenden Wahl einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters ein Ersatzmitglied in den Abteilungsrat nach.

(7) Scheidet eine Direktorin oder ein Direktor oder eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter vorzeitig aus dem Amt, so hat der Abteilungsrat unverzüglich eine Nachwahl durchzuführen. Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend und § 33 ist zu beachten. Die Amtszeit für den Fall einer Nachwahl gilt für die restliche Zeit der Amtszeit der zurückgetretenen Direktorin oder des zurückgetretenen Direktors bzw. der zurückgetretenen Stellvertreterin oder des zurückgetretenen Stellvertreters.

(8) Eine Online-Wahl ist möglich, sofern alle Voraussetzungen der Onlinewahlverordnung eingehalten werden. Zudem muss der Vorstandsvorsitzende oder die Vorstandsvorsitzende einwilligen.

(9) Die Wahl bedarf der Bestätigung durch die Vorstandsvorsitzende oder den Vorstandsvorsitzenden.

(10) Gemäß § 17 Absatz 2 der Grundordnung beträgt die Amtszeit des Direktoriums drei Jahre. Eine Wiederwahl ist gemäß § 25 Absatz 5 Satz 4 der Verwaltungsvereinbarung zulässig.

Teil IV – Promotionsausschuss und Empfehlungsausschuss

§ 34

Wahlen zum Promotionsausschuss

(1) Jede promotionsberechtigte Abteilung bildet einen Promotionsausschuss.

(2) Die Zusammensetzung des Promotionsausschusses ist in § 4 Absatz 2 der Rahmenpromotionsordnung geregelt.

(3) Es werden Stellvertreterinnen und Stellvertreter für die Mitglieder des Promotionsausschusses bestellt, um die Beschlussfähigkeit zu gewährleisten.

(4) Die Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Promotionsausschusses und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter wird in § 4 Absatz 3 der Rahmenpromotionsordnung geregelt. Die Mitglieder des Promotionsausschusses und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden in zwei getrennten Wahlvorgängen gewählt.

(5) Die Wahl kann als Urnenwahl, Briefwahl, Online-Wahl oder aus einer Kombination dieser Wahlverfahren durchgeführt werden. Die Entscheidung trifft die Direktorin bzw. der Direktor der Abteilung. Die §§ 20, 21 und 22 der Wahlordnung sind dem bestimmten Wahlverfahren entsprechend zu berücksichtigen.

(6) Wahlvorschläge können von allen wahlberechtigten Mitgliedern des Abteilungsrats unterzeichnet werden. Mit dem Wahlvorschlag ist eine schriftliche, unwiderrufliche Bereitschaftserklärung jeder Kandidatin bzw. jedes Kandidaten für die Kandidatur einzureichen.

(7) Die Mitglieder des Promotionsausschusses unterliegen der Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitspflicht. Dies gilt auch über das Ende der Amtszeit hinaus.

(8) Die Amtszeit des Promotionsausschusses ist in § 4 Absatz 2 der Rahmenpromotionsordnung geregelt.

§ 35

Wahlen zum Empfehlungsausschuss

(1) Jede Abteilung bildet einen Empfehlungsausschuss.

(2) Die Zusammensetzung des Empfehlungsausschusses ist in § 5 Absatz 2 der Rahmenabteilungsordnung geregelt.

(3) Im Empfehlungsausschuss muss ein Mitglied des Direktoriums vertreten sein. Dieses wird von den Mitgliedern des Direktoriums der Abteilung aus ihrem Kreis bestimmt.

(4) Der Empfehlungsausschuss ist gemäß § 11b Absatz 1 HG geschlechtersparitätisch zu besetzen.

(5) Der Empfehlungsausschuss wird mit Ausnahme des Direktoriumsmitglieds vom Abteilungsrat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Enthaltungen zählen dabei nicht als abgegebene Stimme.

(6) Die Wahl kann als Urnenwahl, Briefwahl, Online-Wahl oder in einer Kombination dieser Wahlverfahren durchgeführt werden. Die Entscheidung trifft die Direktorin bzw. der Direktor der Abteilung. Die §§ 20, 21 und 22 der Wahlordnung sind dem bestimmten Wahlverfahren entsprechend zu berücksichtigen.

(7) Wahlvorschläge können von allen wahlberechtigten Mitgliedern des Abteilungsrats unterzeichnet werden. Mit dem Wahlvorschlag ist eine schriftliche, unwiderrufliche Bereitschaftserklärung jeder Kandidatin bzw. jedes Kandidaten für die Kandidatur einzureichen.

(8) Die Mitglieder des Empfehlungsausschusses unterliegen der Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitspflicht. Dies gilt auch über das Ende der Amtszeit hinaus.

(9) Die Amtszeit des Empfehlungsausschusses ist in § 5 Absatz 7 der Rahmenabteilungsordnung geregelt.

Teil V - Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretungen

§ 36

Wahl der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertretungen

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre zwei Stellvertreterinnen werden gemäß § 13 Absatz 3 Satz 1 und 2 der Grundordnung vom Kollegsenat aus dem Kreis aller weiblichen Mitglieder und Angehörigen des Promotionskollegs gewählt und von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Unter ihnen sollte ein professorales Mitglied und ein Mitglied der Gruppe der Promovierenden sein.

(2) Die Wahl wird durch den Wahlvorstand vorbereitet und geleitet.

(3) Wählbar sind alle weiblichen Mitglieder und Angehörige des Promotionskollegs, jedoch soll gemäß § 24 Absatz 2 Satz 2 und 3 HG die fachliche Qualifikation der Gleichstellungsbeauftragten den Anforderungen ihrer Aufgaben gerecht werden, dies setzt ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder nachgewiesene fachliche Qualifikationen voraus.

(4) Die Dauer der Amtszeit beträgt gemäß § 13 Absatz 3 Satz 4 und 5 der Grundordnung drei Jahre für die Gleichstellungsbeauftragte als auch für ihre Stellvertreterinnen. Die Amtszeit bei promovierenden Mitgliedern liegt bei einem Jahr.

(5) Die Funktionen sind gemäß § 13 Absatz 3 Satz 3 der Grundordnung Kolleg-öffentlich auszusprechen.

(6) Als Gleichstellungsbeauftragte sowie als ihre Stellvertreterinnen sind gewählt, wer jeweils die höchste Zahl der gültigen Stimmen erhält.

Teil VI - Wahl der Schwerbehindertenvertretung

§ 37

Wahl der Schwerbehindertenvertretung und ihrer Stellvertretungen

(1) Sind im Promotionskolleg NRW wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt, werden gemäß SGB IX § 177 Absatz 1 eine Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das die Vertrauensperson im Falle der Verhinderung vertritt.

(2) Wahlberechtigt sind gemäß SGB IX § 177 Absatz 2 alle im Promotionskolleg NRW beschäftigten schwerbehinderten Menschen.

(3) Wählbar sind gemäß SGB IX § 177 Absatz 3 alle im Promotionskolleg nicht nur vorübergehend Beschäftigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und dem Promotionskolleg NRW seit sechs Monaten angehören.

(4) Die regelmäßigen Wahlen finden alle vier Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November statt. Außerhalb dieser Zeit finden gemäß SGB IX § 177 Absatz 5 Wahlen statt, wenn

1. das Amt der Schwerbehindertenvertretung vorzeitig erlischt und ein stellvertretendes Mitglied nicht nachrückt,
2. die Wahl mit Erfolg angefochten worden ist oder
3. eine Schwerbehindertenvertretung noch nicht gewählt ist.

Hat außerhalb des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraumes eine Wahl der Schwerbehindertenvertretung stattgefunden, wird die Schwerbehindertenvertretung in dem auf die Wahl folgenden nächsten Zeitraum der regelmäßigen Wahlen neu gewählt. Hat die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung zum Beginn des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraums noch nicht ein Jahr betragen, wird die Schwerbehindertenvertretung im übernächsten Zeitraum für regelmäßige Wahlen neu gewählt.

(5) Die Vertrauensperson und das stellvertretende Mitglied werden in geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt.

(6) Die Wahl findet entsprechend den Regelungen der SCHwbVWO in der gültigen Fassung statt.

(7) Die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses oder, wenn die Amtszeit der bisherigen Schwerbehindertenvertretung noch nicht beendet ist, mit deren Ablauf. Das Amt erlischt vorzeitig, wenn die Vertrauensperson es niederlegt, aus dem Dienstverhältnis ausscheidet oder die Wählbarkeit verliert. Scheidet die Vertrauensperson vorzeitig aus dem Amt aus, rückt das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied für den Rest der Amtszeit nach; dies gilt für das stellvertretende Mitglied entsprechend. Auf Antrag eines Viertels der wahlberechtigten schwerbehinderten Menschen kann der Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt gemäß SGB IX § 202 das Erlöschen des Amtes einer Vertrauensperson wegen grober Verletzung ihrer Pflichten beschließen.

(8) Die Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung sind in § 178 SGB IX geregelt.

Teil VII - Schlussbestimmungen

§ 38 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt des Promotionskollegs NRW in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Vorstandes vom 16.04.2021.

Bochum, den 16.04.2021

Der Vorsitzende des Vorstandes

gez. Sternberg

(Prof. Dr. Martin Sternberg)

Rahmenabteilungsordnung des Promotionskollegs NRW

in der Fassung vom 16.04.2021

Aufgrund des § 4 Absatz 4 Satz 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 12. Juli 2019 und des § 2 Absatz 2 der Verwaltungsvereinbarung des Promotionskollegs (VV) erlässt das Promotionskolleg NRW die folgende Rahmenabteilungsordnung:

Inhalt:

Präambel

§ 1 Geltungsbereich und Aufgaben

§ 2 Mitglieder, Angehörige und Gäste

§ 3 Aufnahme von Mitgliedern und Angehörigen

§ 4 Organe der Abteilung

§ 5 Empfehlungsausschuss

§ 6 Promovierendensprecherin/Promovierendensprecher

§ 7 Gleichstellung; Gleichstellungsbeauftragte

§ 8 Durchlässigkeit der Abteilungen

§ 9 Promotionsausschuss

§10 Inkrafttreten

Präambel

Die folgende Rahmenabteilungsordnung bildet den Rahmen für die Abteilungsordnungen der Abteilungen. Die thematisch organisierten Abteilungen bilden den Kern des Promotionskollegs NRW. In ihnen vernetzen sich Professorinnen und Professoren sowie Promovierende aus den Trägerhochschulen und Universitäten. Die Abteilungen bilden die Umgebung für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bieten Promotionsprogramme an.

§ 1 Geltungsbereich und Aufgaben

(1) Die Rahmenabteilungsordnung gilt für alle Abteilungen des Promotionskollegs NRW.

(2) Die Abteilungen vernetzen Professorinnen und Professoren sowie Promovierende aus Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Universitäten. Die Beteiligten tauschen sich fachlich aus, initiieren Forschungs- und Promotionsvorhaben, entwickeln Promotionsprogramme und führen diese durch.

(3) Mindestens einmal im Jahr tritt die Abteilungsversammlung zusammen. Die Abteilungsversammlung besteht aus professoralen Mitgliedern, assoziierten Professorinnen bzw. assoziierten Professoren, universitären Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sowie den Promovierenden. Es sollte die Direktorin bzw. der Direktor oder eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter anwesend sein.

(4) Die Abteilungsversammlung kann als Präsenz- oder Online-Veranstaltung abgehalten werden.

(5) Die Abteilungsordnung kann weitere Gremien und regelmäßige Treffen vorsehen.

(6) Der regelmäßige wissenschaftliche Diskurs zwischen Professorinnen und Professoren sowie Promovierende soll durch Fachveranstaltungen gewährleistet werden.

§ 2 Mitglieder, Angehörige und Gäste

(1) Die Mitgliedschaft im Promotionskolleg NRW ist in § 7 Absatz 1 der VV geregelt.

(2) Angehörige des Promotionskollegs NRW sind aufgenommene assoziierte Professorinnen und Professoren sowie Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner von Universitäten, sofern sie keine Mitglieder sind. Sie können gemäß § 4 Absatz der Grundordnung an der Betreuung von Promovierenden beteiligt werden und an Veranstaltungen teilnehmen.

(3) Die Abteilung kann Gäste wie zum Beispiel Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler aus anderen Organisationen und Alumni des Promotionskollegs NRW zu Veranstaltungen einladen.

§ 3 Aufnahme von Mitgliedern und Angehörigen

(1) Der Auswahlprozess sowie die Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder in der Abteilung richten sich nach den §§ 7, 8 und 10 der VV sowie der Mitgliederordnung des Promotionskollegs NRW in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Die Geschäftsstelle führt eine Vorprüfung durch. Der Empfehlungsausschuss der Abteilung erstellt eine fachwissenschaftliche Bewertung anhand der in Absatz 1 genannten Kriterien. Er kann als Votum die Aufnahme als professorales oder promovierendes Mitglied, eine Beteiligung als assoziierte Professorin oder assoziierter Professor oder die Ablehnung einer Aufnahme als Mitglied oder Angehörige oder Angehöriger aussprechen.

(3) Der Vorstand entscheidet auf Basis der Antragsunterlagen und der fachwissenschaftlichen Bewertung des Empfehlungsausschusses über den Antrag auf Mitgliedschaft. Er kann weitere fachwissenschaftliche Bewertungen einholen. Dabei kann der Vorstand vom Votum des Empfehlungsausschusses abweichen.

§ 4 Organe der Abteilung

(1) Organe der Abteilung sind die Direktorin oder der Direktor und der Abteilungsrat gemäß § 24 Absatz 3 der VV.

(2) Die Direktorin oder der Direktor der Abteilung wird durch eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter oder bis zu zwei stellvertretende Direktorinnen bzw. Direktoren gemäß § 25 Absatz 1 der VV vertreten.

(3) Aufgaben und Zuständigkeiten der Direktorin oder des Direktors sind in § 25 der VV geregelt.

(4) Die Wahlen zur Direktorin bzw. zum Direktor sowie zu den Stellvertreterinnen und Stellvertretern sind in § 25 Absatz 5 und 6 der VV sowie in § 33 der Wahlordnung geregelt. Die Amtszeit ist in § 17 Absatz 2 der Grundordnung geregelt.

(5) Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Abteilungsrates sind in § 26 Absatz 1 der VV geregelt. Die Zusammensetzung des Abteilungsrats regelt § 18 Absatz 3 der Grundordnung.

(6) Die Amtszeit des Abteilungsrats regelt § 18 Absatz 2 der Grundordnung.

§ 5 Empfehlungsausschuss

(1) Jede Abteilung bildet einen Empfehlungsausschuss.

(1) Der Empfehlungsausschuss erarbeitet eine fachwissenschaftliche Bewertung für die Aufnahme von Mitgliedern und Angehörigen in die Abteilung.

(2) Der Empfehlungsausschuss besteht aus mindestens drei professoralen Mitgliedern oder universitären Kooperationspartnerinnen bzw. Kooperationspartnern der Abteilung. Bei der Besetzung des Empfehlungsausschusses sind die jeweiligen Forschungsschwerpunkte der Abteilung zu berücksichtigen. Näheres regelt die Abteilungsordnung.

(3) Die Wahl des Empfehlungsausschusses ist in § 35 der Wahlordnung geregelt.

(4) Das Votum des Empfehlungsausschusses erfolgt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen zählen als abgegebene Stimmen. Es müssen mindestens zwei Stimmen abgegeben werden.

(5) Ist ein Mitglied des Empfehlungsausschusses befangen, beteiligt es sich nicht an der Abstimmung.

(6) Die Mitglieder des Empfehlungsausschusses unterliegen der Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitspflicht. Dies gilt auch über das Ende der Amtszeit hinaus.

(7) Die Amtszeit der Mitglieder im Empfehlungsausschuss beträgt drei Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig.

§ 6 Promovierendensprecherin/Promovierendensprecher

(1) Die Promovierendensprecherin oder der Promovierendensprecher vertritt die Interessen der Promovierenden innerhalb der Abteilung und gegenüber dem Vorstand des Promotionskollegs NRW.

(2) Die gemäß § 18 Absatz 3 der Grundordnung in den Abteilungsrat gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Promovierenden bestimmen aus ihrem Kreis die Promovierendensprecherin bzw. den Promovierendensprecher. Die beiden anderen promovierenden Mitglieder des Abteilungsrats werden stellvertretende Promovierendensprecherinnen bzw. -sprecher.

(4) Die Amtszeit der Promovierendensprecherin oder des Promovierendensprechers sowie der Stellvertretungen richtet sich nach der Amtszeit im Abteilungsrat.

§ 7 Gleichstellung; Gleichstellungsbeauftragte

Die Abteilungsräte der Abteilungen können gemäß § 24 Absatz 3 Satz 1 HG eine Gleichstellungsbeauftragte und Stellvertreterinnen für ihre Abteilung wählen. Wahl und Amtszeit regelt die jeweilige Abteilungsordnung unter Berücksichtigung des Landesgleichstellungsgesetzes und der entsprechenden Regelungen in der Verwaltungsvereinbarung.

§ 8 Durchlässigkeit der Abteilungen

(1) Eine abteilungsübergreifende Vernetzung der Promovierenden sowie der Professorinnen und Professoren soll gewährleistet werden.

(2) Mitglieder und Angehörige des Promotionskollegs NRW können nach Anmeldung auch an Treffen und Veranstaltungen anderer Abteilungen teilnehmen, sofern nicht Gründe der Vertraulichkeit oder andere Gründe dagegensprechen.

§ 9 Promotionsausschuss

Sofern das Land Nordrhein-Westfalen der Abteilung ein Promotionsrecht verleiht, richtet die Abteilung einen Promotionsausschuss ein. Das Nähere zur Zusammensetzung und zur Wahl regeln die Rahmenpromotionsordnung, die Promotionsordnung der Abteilung sowie die Wahlordnung.

§ 10 Inkrafttreten

Die Rahmenabteilungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt des Promotionskollegs NRW in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Vorstandes vom 16.04.2021.

Bochum, den 16.04.2021

Der Vorsitzende des Vorstandes

gez. Sternberg

(Prof. Dr. Martin Sternberg)

Geschäftsordnung des Vorstands des Promotionskollegs NRW

in der Fassung vom 16.04.2021

Aufgrund des § 67b Abs. 1 Satz 1 sowie des § 77a Absatz 2 Ziffer 3. b) des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) in der Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes vom 12. Juli 2019, der §§ 16, 18 und 29 der Verwaltungsvereinbarung des Promotionskollegs (VV) sowie des § 7 der Grundordnung gibt sich der Vorstand des Promotionskollegs NRW die folgende Geschäftsordnung:

Inhalt:

- § 1 Zusammensetzung, Vorsitz und Sitzungsleitung
- § 2 Vertretung der oder des Vorstandsvorsitzenden
- § 3 Einberufung der Vorstandssitzung
- § 4 Beschlussfähigkeit
- § 5 Tagesordnung
- § 6 Beratung und Beschlussfassung
- § 7 Öffentlichkeit
- § 8 Sitzungsniederschrift
- § 9 Verschwiegenheit
- § 10 Änderung der Geschäftsordnung
- § 11 Übergangsregelungen; Inkrafttreten

§ 1 Zusammensetzung, Vorsitz und Sitzungsleitung

(1) Gemäß § 16 Absatz 1 VV und § 7 Absatz 2 GO gehören dem Vorstand an die oder der Vorstandsvorsitzende, bis zu drei weitere Vorstandsmitglieder sowie mit beratender Stimme die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer, die oder der sich als einziges Mitglied vertreten lassen kann.

(2) Die oder der Vorstandsvorsitzende hat den Vorsitz. Bei ihrer oder seiner Verhinderung übernimmt die nach § 2 vertretende Person den Vorsitz.

(3) Die Sitzungsleitung obliegt der oder dem Vorsitzenden; bei deren oder dessen Abwesenheit obliegt sie der Stellvertretung. Sind weder die vorsitzende noch die stellvertretend vorsitzende Person anwesend, wird die Sitzungsleitung ausgelost.

(4) Die oder der Vorsitzende vertritt den Vorstand gegenüber dem Promotionskolleg NRW, der Trägerversammlung, den Trägerhochschulen und der Öffentlichkeit.

§ 2 Vertretung der oder des Vorstandsvorsitzenden

(1) Die Übernahme der Stellvertretung der oder des Vorstandsvorsitzenden erfolgt im jährlichen Wechsel jeweils zum 1. Januar eines Jahres.

(2) Der Vorstand legt in der ersten Sitzung eines Kalenderjahres die Stellvertretung für das Folgejahr fest.

(3) Steht ein Vorstandsmitglied als Stellvertretung im laufenden Jahr nicht mehr zur Verfügung, so rückt die für das Folgejahr vorgesehene Person nach und für das Folgejahr wird eine neue Stellvertretung bestimmt. Wenn keine Person nachrücken kann, werden für das laufende und das kommende Jahr Stellvertretungen bestimmt.

§ 3 Einberufung der Vorstandssitzung

(1) Der Vorstand tagt mindestens einmal im Vierteljahr. Die Termine der Sitzungen werden mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens acht Wochen bekannt gegeben. Der Vorstand kann jederzeit kurzfristig auch weitere Termine festlegen. Der Vorstand wird von der Sitzungsleitung in elektronischer Form mit dem Entwurf der Tagesordnung spätestens einen Tag vor der Sitzung einberufen. Die Gleichstellungsbeauftragte erhält eine Einladung inklusive der Tagesordnung.

(2) Die Sitzungen des Vorstands können auch als Video- oder Audiokonferenzen stattfinden.

§ 4 Beschlussfähigkeit

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder elektronisch zugeschaltet ist und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde.

§ 5 Tagesordnung

Die Sitzungsleitung lässt über die vorgeschlagene Tagesordnung abstimmen. Zusätzliche Tagesordnungspunkte können aufgenommen werden, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden und zugeschalteten stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands zustimmt.

§ 6 Beratung und Beschlussfassung

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, zu den Verhandlungspunkten der Tagesordnung Anträge zu stellen. Über die Reihenfolge der Abstimmung entscheidet die Sitzungsleitung.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der anwesenden oder zugeschalteten stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist entscheidend, Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorstandsvorsitzenden oder des Vorstandsvorsitzenden den Ausschlag. Stimmrechtsübertragungen sind nicht möglich.

(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer kann hinsichtlich der Wirtschaftsführung Entscheidungen des Vorstandes widersprechen. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung, es sei denn, der Vorstand erklärt mit den Stimmen seiner stimmberechtigten Mitglieder die Durchführung der einzelnen Entscheidung für unaufschiebbar. Kommt keine Einigung zustande, so berichtet der Vorstand der Trägerversammlung, welche eine Entscheidung herbeiführt.

(4) Beschlüsse können auch in elektronischer Form gefasst werden. Wenn die Sitzungsleitung feststellt, dass auch bei einer elektronischen Abstimmung die Bedingungen für eine geheime Abstimmung

eingehalten sind, können auch bei Video- oder Audiokonferenzen oder mit zugeschalteten stimmberechtigten Mitgliedern geheime Abstimmungen durchgeführt werden.

(5) Beschlüsse des Vorstands können auch im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren unter Fristsetzung für die Stimmabgabe gefasst werden. Das Umlaufverfahren ist nur zulässig, wenn die Mitglieder hierüber Einvernehmen erzielen. Dieses Einvernehmen kann auch in elektronischer Form erteilt werden.

(6) In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluss des Vorstands in einer turnusmäßigen Vorstandssitzung nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet die Vorstandsvorsitzende oder der Vorstandsvorsitzende mit einem weiteren Mitglied des Vorstands allein (Eilentscheidung). Die Rechte der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers gemäß Absatz 3 in besonderer Verantwortung für den Haushalt bleiben unberührt. Die Vorstandsvorsitzende oder der Vorstandsvorsitzende hat dem Vorstand unverzüglich die Gründe für die getroffene Entscheidung und die Art der Erledigung mitzuteilen. Dies muss auch in der folgenden Vorstandssitzung zu Protokoll gegeben werden.

§ 7 Öffentlichkeit

(1) Die Sitzungen des Vorstands sind nicht öffentlich.

(2) Der Vorstand kann weitere Personen regelmäßig zu den Sitzungen, zu einzelnen Sitzungen oder Tagesordnungspunkten ohne Stimm- und Antragsrecht hinzuziehen. Der Vorstand kann beschließen, dass diese Personen die Sitzungsunterlagen im Vorfeld erhalten.

§ 8 Sitzungsniederschrift

(1) Über jede Sitzung des Vorstands wird ein Beschlussprotokoll angefertigt, das die Beschlüsse einschließlich der Stimmverhältnisse und die wesentlichen Diskussionspunkte enthält. Auf Verlangen eines überstimmten Mitgliedes ist der schriftlichen Stellungnahme ein schriftlich begründetes Minderheitsvotum beizufügen.

(2) Das Protokoll ist von der Sitzungsleitung und der Protokollführerin oder dem Protokollführer zu unterzeichnen.

(3) Das Protokoll zur Sitzung wird den Mitgliedern in der Regel mit der Einladung zur nächsten Sitzung zugestellt. Einwendungen gegen den Wortlaut des Protokolls sind in dieser Sitzung zu behandeln.

§ 9 Verschwiegenheit

Die Mitglieder des Vorstands sind zur Verschwiegenheit über Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung erforderlich ist oder vereinbart wird. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit als Mitglied des Vorstands.

§ 10 Auslegung und Änderung der Geschäftsordnung

(1) Über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet die Person, die die Sitzung leitet. Wird der Entscheidung widersprochen, entscheidet der Vorstand; § 6 Abs. 2 und Abs. 3 zur Beschlussfassung sind zu beachten.

(2) Eine Änderung der Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen des Vorstands.

§ 11 Übergangsregelungen; Inkrafttreten

(1) Der Vorstand beschließt in seiner ersten Sitzung nach Inkrafttreten der Ordnung die Stellvertretung des Vorstandsvorsitzes für die Jahre 2021 und 2022.

(2) Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im elektronischen Verkündungsblatt des Promotionskollegs NRW in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Vorstands vom 16.4.2021.

Bochum, den 16.04.2021

Der Vorsitzende des Vorstands

gez. Sternberg

(Prof. Dr. Martin Sternberg)